

Matthias Lutz-Bachmann

Der Staat und die „Werte“ – Zur Bildungspolitik des Bundeslandes Berlin

Die Regierung des Bundeslandes Berlin verfolgt den Plan, an den staatlichen Schulen einen neuen Unterricht für „Werte“ einzurichten. Treibende Kraft ist die PDS im Verbund mit der in Berlin gut organisierten „Humanistischen Union“, die einen weltanschaulichen Atheismus propagiert. Trotz manch zögerlicher Warnungen aus der Bundespartei hat sich kürzlich nun auch die Berliner SPD diesem Plan angeschlossen.

Die Verfechter der neuen Schulpolitik lassen keinen Zweifel daran aufkommen, dass sie mit ihrem „Werte-Unterricht“ den Religionsunterricht in gemeinsamer Trägerschaft von Staat und Religionsgemeinschaften, wie er vom Grundgesetz vorgesehen ist, abschaffen wollen. Sie wollen in Berlin ein Unterrichtsmodell durchsetzen, das im Rest der Republik Nachah-

mung finden soll. Rechtlich berufen sie sich dabei auf eine Ausnahmeklausel, die in der alten Bundesrepublik nur für Bremen und West-Berlin galt. Diese gestattete es beiden Bundesländern, die bereits vor dem Be schluss des Grundgesetzes im Jahr 1948 eine andere Regelung für den Religionsunterricht beschlossen hatten, ihre bisherige Praxis fortzuführen. Doch ist es juristisch betrachtet höchst fragwürdig, ob diese Ausnahmeklausel auch auf den Teil von Berlin angewandt werden kann, der im Jahr 1948 zu Ost-Berlin gehörte. Dies wird sicher demnächst beim Bundesverfassungsgericht zu überprüfen sein.

Unabhängig von diesem juristischen Aspekt stellt sich aber die Frage, was der Berliner „Werte-Unterricht“ vermitteln will. Hierzu muss man genauer wissen, was eigentlich „Werte“ und „Normen“ sind, die den Bereich der „Moral“ ausmachen, und worin sich „Moral“ und „Ethik“

unterscheiden. „Werte“ können ganz allgemein als die handlungsorientierenden Ziele bestimmt werden, die wir in unserer moralischen Lebenswelt erlernen. Sie beschreiben das, was uns als wertvoll und daher erstrebenswert erscheint.

Werte, Moral und Ethik

Während Werte somit nichts anderes als subjektive Haltungen oder Einstellungen beschreiben, enthalten moralische Normen Handlungsregeln, denen wir folgen sollen. Sie fordern uns zu einem bestimmten moralischen Handeln auf. Die „Moral“ einer Gesellschaft umfasst somit die moralischen Werte und Normen ihrer Mitglieder. Anders als die „Rechtsnormen“, die durch einen staatlichen Gesetzgeber aufgestellt werden, müssen die moralischen Werte und Normen im Handeln und in den innersten sittlichen Überzeugungen der Menschen in der Zivilgesellschaft lebendig sein.

Von der „Moral“ unterscheidet sich die „Ethik“

dadurch, dass sie, die Ethik, als ein Nachdenken über die „Moral“ zu verstehen ist. Die Ethik reflektiert die moralischen Werte und Normen, sie prüft deren Begründungen und ist auf diesem Weg durchaus in der Lage, auch die moralischen Einstellungen der Menschen zu verändern. Doch dabei setzt die „ethische Reflexion“ immer die von den Menschen geteilten moralischen Überzeugungen und im Handeln wirksamen moralischen Haltungen voraus. Die Ethik kann die Moral nicht her vorbringen, nur reflektieren und dabei auch korrigieren. Doch sie bleibt dabei immer darauf angewiesen, dass die Menschen an moralischen Einstellungen und Werten in ihrem Leben wirklich orientiert sind. Als eine Prüfung der Moral ist die Ethik alleine aber zu

schwach, um uns in unserem Handeln dauerhaft zu motivieren. Auch kann sie selbst nicht die grundlegende Frage beantworten, warum wir überhaupt moralisch leben und handeln sollen. Unsere moralischen Orientierungen müssen wir Menschen in einer sittlichen Lebensform finden, die der „Ethik“ immer vorausgeht.

Rückkehr des Obrigkeitstaates

Der in Berlin geplante Unterricht für „Werte“ will die Schüler ohne Frage nicht „ethisch“, sondern „moralisch“ belehren. Er verfolgt somit nicht die Absicht, die Schüler in die „Ethik“ als eine „Kunst der Reflexion“ einzuführen wie der in vielen alten Bundesländern praktizierte „Ethik-Unterricht“, der für Schüler ab Klasse 11 durchaus sinnvoll ist.

Vielmehr geht es darum, bereits Kindern im frühen Alter eine staatlich verordnete „Moral“ beizubringen. Diese „Moral“ verfolgt das Ziel, die Religion ganz in den partikulären Bereich des Privaten abzudrängen und ein staatlich organisiertes Programm „moralischer Lebensorientierung“ an deren Stelle zusetzen. Hier schwingt sich der Staat wieder dazu auf, seinen Untertanen zu sagen, was moralisch gut und richtig ist und wie sie ihr Leben führen sollen. Wenn diese Pläne verwirklicht werden, dann greift der Staat tief in das Recht der Menschen einer freien Zivilgesellschaft ein. Es ist offensichtlich, dass sich in Berlin das Gespenst des Obrigkeitstaates zurückgemeldet hat, der bis vor kurzem noch im Osten Deutschlands seine totalitäre Herrschaft ausgeübt hat.

Sozialistische Denkmuster

„Freiheit ist für uns immer die Freiheit vieler, nicht der Egoismus einzelner“, lautet einer der Sätze des Manifests (der SPD), die den Rückfall in alte sozialistische Denkmuster verraten. Trau keinem Individuum, heißt das. Nur das Kollektiv ist gut, weil es sich lenken lässt. So gesehen, stellt Schröder die Wähler vor die Entscheidung, ob sie weiter als Kollektiv regiert werden oder mehr individuelle Freiheit haben wollen. Das ist vor allem eine Frage an ihr Selbstvertrauen. Gut, daß sie gestellt wird.“

Stefan Dietrich am 6. Juli 2005 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.